

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

07. März - 13. März 2026

Emmanuel Macron empfängt Volodymyr Zelensky am Freitag, den 13. März, im Élysée-Palast, um die anhaltende Unterstützung für die Ukraine zu erörtern. Es ist bereits das elfte Treffen des ukrainischen Präsidenten in Frankreich seit Beginn des Konflikts. Im Mittelpunkt des Gesprächs werden der europäische Rückhalt für Kyiv und Möglichkeiten zur Erhöhung des Drucks auf Moskau stehen. Die beiden Staatsoberhäupter werden die aktuelle Situation der russischen Aggression gegen die Ukraine besprechen, die mittlerweile im fünften Jahr ist. Angesichts der militärischen, strategischen und wirtschaftlichen Misserfolge Moskaus wird ein besonderer Fokus auf die verstärkte Unterstützung der Ukraine und Maßnahmen gegen die russische „Schattenflotte“ gelegt. Auch die Bedingungen für einen „gerechten und nachhaltigen Frieden“ sowie Sicherheitsgarantien für die Ukraine werden Thema sein. Dem Treffen vorausgegangen ist eine kürzlich stattgefundene Sitzung der „Koalition der Freiwilligen“, bei der 35 alliierte Länder ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigten.

Die französischen Streitkräfte spielen beim Konflikt im Nahen Osten eine zentrale Rolle bei der Luftverteidigung gegen Drohnenangriffe. Durch Verteidigungsabkommen mit Golfstaaten hat Frankreich seine Präsenz verstärkt, ohne in Konflikte einzugreifen. Besonders in den VAE, mit denen es ein starkes Bündnis pflegt, wurde die Zahl der Rafale-Kampfflugzeuge auf zwölf verdoppelt. Frankreich unterstützt die VAE sowie Katar und Jordanien bei der Bekämpfung von Drohnenangriffen. Trotz 1.385 abgefangenen Drohnen bleibt die Bedrohung durch iranische Shahed-Drohnen eine große Herausforderung. Frankreich arbeitet eng mit den VAE und den USA zusammen, ist jedoch nicht direkt in amerikanische Operationen eingebunden. Die Zusammenarbeit umfasst gemeinsame Radar- und Verteidigungssysteme. Aufgrund der unzureichenden Vorbereitung auf diese Bedrohung wird eine rasche Anpassung der Luftverteidigung der Golfstaaten notwendig. Frankreich plant, zusätzliche Radarressourcen zu stationieren. Unterdessen teilte Präsident Macron in der Nacht von Donnerstag auf Freitag mit, dass ein französischer Soldat bei einem Angriff in der Region Erbil im Irak ums Leben gekommen. Macron verurteilte den Angriff und betonte, dass die französischen Truppen seit 2015 im Irak gegen Daesh kämpfen. Er stellte klar, dass die Präsenz der französischen Streitkräfte im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus erfolgt und nicht im Zusammenhang mit dem Iran-Konflikt steht.

Am 11. März 2026 stellte der französische Premierminister Lecornu einen Plan zur Abmilderung der Auswirkungen steigender Kraftstoffpreise vor. Der im Ministerrat diskutierte Plan sieht vor, die Margen von Tankstellen zu begrenzen und nationale Ölreserven freizugeben, um Verbraucher vor durch den Iran-Konflikt steigenden Ölpreisen zu schützen, ohne das Staatsbudget zu belasten. Frankreich beteiligt sich an der internationalen Freigabe von 400 Millionen Barrel aus strategischen Reserven, davon 14,5 Millionen aus Frankreich. Präsident Macron kündigte an, diese schrittweise und abgestimmt mit Partnern freizugeben. Steuersenkungen oder direkte Hilfen sind nicht geplant; stattdessen sollen stärkere Kontrollen an Tankstellen für Transparenz sorgen. Eine temporäre Margenbegrenzung – wie im Golfkrieg 1990 – wird geprüft. Lecornu hält die Maßnahmen für ausreichend, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Der Senatspräsident und Fraktionschef der Républicains (LR) im Senat, Gérard Larcher, hat sich gegen jegliche Allianz mit dem Rassemblement National (RN) oder dessen Verbündeten, wie der UDR und Reconquête, im Rahmen der anstehenden Kommunalwahlen ausgesprochen. Larcher erklärte, dass LR-Mitglieder, die solche Listen unterstützen oder sich ihnen anschließen, „keinen Platz mehr“ in der Partei hätten. Er betonte, dass LR nach der Präsidentschaftswahl eine klare Linie verfolgen sollten: eine Vereinigung von der Mitte bis zur republikanischen Rechten, ohne Kompromisse mit der extremen Rechten einzugehen. Larcher kritisierte auch LR-Mitglieder, die in Südostfrankreich mit dem RN oder der UDR zusammenarbeiteten, und stellte klar, dass diese nicht länger zur Partei gehören sollten. Mit dieser Haltung sollen die Werte und Identität der Républicains bewahrt und eine ungewollte Entwicklung der Partei verhindert werden. Im selben Interview äußerte sich Larcher auch zum selbsternannten Präsidentschaftskandidaten seiner Partei, Bruno Retailleau. Larcher machte deutlich, dass LR immer noch dabei sind, den Prozess zur Auswahl ihres zukünftigen Spitzenkandidaten zu definieren. Er sprach sich auch für eine Primärwahl aus, um einen einzigen Kandidaten zu wählen, der die „Versammlung von der Mitte bis zur republikanischen Rechten“ anführt. Er betonte dabei, dass er „natürlich“ Gabriel Attal unterstützen würde, falls der nationale Sekretär der Macron-Partei Renaissance diese Vorwahl gewinnen sollte.

Der ehemalige Premierminister François Bayrou muss sich vom 9. September bis 5. Oktober 2026 in der Berufungsverhandlung wegen des Falls der europäischen Parlamentsassistenten des MoDem vor Gericht verantworten. Dies folgt auf seine Freisprechung in erster Instanz im Februar 2024. In der Affäre geht es um Verträge für Assistenten, die zwischen 2005 und 2014 abgeschlossen wurden und Gehälter in Höhe von 300.000 € umfassten. Zehn andere Angeklagte,

darunter fünf ehemalige Europaabgeordnete, wurden wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder verurteilt. Das Gericht konnte jedoch nicht nachweisen, dass Bayrou die fiktive Anstellung von Assistenten angeordnet hatte. Die Staatsanwaltschaft legte gegen die Freisprechung Berufung ein. Bayrou bezeichnete seine Freisprechung als das Ende eines „siebenjährigen Alptraums“.

Dem Rassemblement National (RN) fällt es trotz strenger Auswahlverfahren schwer, für die Kommunalwahlen 2026 Kandidaten mit einwandfreiem Ruf zu finden. So kam es immer wieder zu Enthüllungen über problematische Profile, insbesondere unter den Spitzenkandidaten. Ein Beispiel ist die Stadt Dünkirchen, in der der Kandidat Adrien Nave disqualifiziert wurde, da ein Vertreter der rechtsextremen Bewegung Action Française auf seiner Liste aufgetaucht war. Auch andere Kandidaten wurden aufgrund rassistischer oder sexistischer Aussagen in den sozialen Medien ausgeschlossen. Laut Medien gibt es jedoch weiterhin Kandidaten mit problematischen Äußerungen oder strafrechtlichen Verurteilungen, die die Unterstützung des RN genießen. Parteipräsident Jordan Bardella verteidigte die Kandidatenauswahl, betonte jedoch, dass es bei vielen Kandidaten immer wieder zu Problemen kommen könne. Innerhalb der Partei gibt es Stimmen, die den Umgang mit problematischen Kandidaten als zu nachsichtig kritisieren und die mangelnde Kontrolle bemängeln.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die neuesten Umfragen zum **ersten Wahlgang der französischen Kommunalwahlen, der am Sonntag, dem 15. März**, stattfindet, bieten einen interessanten Einblick in die aktuellen Mehrheitsverhältnisse. In Paris liegt der Kandidat der Sozialisten, Emmanuel Grégoire, mit 32 % vorne, dicht gefolgt von Rachida Dati (Les Républicains) mit 26,5 %. Sarah Knafo (Reconquête!) liegt mit 13,5 % dicht dahinter und könnte sich für die zweite Runde qualifizieren. In Marseille liegen Benoît Payan (Sozialisten) mit 35 % und Franck Allisio (Rassemblement National) mit 32 % dicht beieinander. In Lyon liegt der ehemalige Präsident von Olympique Lyonnais, Jean-Michel Aulas, mit 45 % klar an der Spitze, während der amtierende Bürgermeister Grégory Doucet (Les Écologistes) mit 29 % auf dem zweiten Platz folgt. In Toulouse liegt der amtierende Bürgermeister Jean-Luc Moudenc mit 33 % vorne, dicht gefolgt von François Briançon mit 30 %. In Nizza liegt Éric Ciotti mit 45 % vor Christian Estrosi mit 27 %. In Nantes liegt Johanna Rolland (PS) mit 38 Prozent knapp vor Foulques Chombart de Lauwe (31 Prozent). In Montpellier hat Michaël Delafosse (32 %) einen deutlichen Vorsprung. In Straßburg liegt Catherine Trautmann (31 %) vor der amtierenden Bürgermeisterin Jeanne Barseghian (20 %). In Bordeaux liegt Pierre Hurmic (30 %) vorne und in Lille steht Arnaud Deslandes (PS) mit 26 % an der Spitze. In Rennes hat Nathalie Appéré (PS) mit 42 Prozent einen klaren Vorsprung. Im Havre liegt Édouard Philippe mit 37 Prozent vor Jean-Paul Lecoq mit 23 Prozent.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	4	7
0	8	6
5	2	5
7	3	2
9	8	9
2	0	1

17.000

Seit Beginn des Konflikts im Nahen Osten am 28. Februar wurden fast 20.000 französische Staatsbürger aus der Region zurückgebracht, davon **17.000** durch die Wiederaufnahme kommerzieller Flüge zwischen Frankreich und der Region. Die Regierung führte spezielle Rückholaktionen durch, um die Rückkehr von als „vulnerabel“ geltenden Personen zu ermöglichen, darunter Familien mit kleinen Kindern, schwangere Frauen und Menschen, die medizinische Versorgung benötigen. Zusätzlich zu den kommerziellen Flügen brachte der Staat etwa 2.000 Personen mit gecharterten Flugzeugen zurück. Die Regierungssprecherin Maud Bregeon erklärte am Mittwoch, dem 11. März, dass diese Maßnahmen darauf abzielten, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und ihre schnelle Rückkehr nach Frankreich zu ermöglichen. Der Rückholprozess wird fortgesetzt, um die Sicherheit aller französischen Staatsbürger in der Konfliktzone zu gewährleisten.